

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Verantwortlicher Redacteur
Dr. Dittner in Hamburg.
Erscheinungs- u. Redaction
Zeitung von 11-12 Uhr
Nachmittags von 4-5 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Anzeigen am Donnerstag bis
5 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Festtagen früh bis 10 Uhr.
In den Anzeigen für die Annahme:
Dr. Dittner, Hamburgstr. 22, p.
nur bis 1/2 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

№ 164.

Montag den 12. Juni

1876.

Bekanntmachung.

Die von uns zur Submission ausgeschriebene Legung von Trottoirs vor dem städtischen Kranken-
hause ist vergeben und werden daher die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten hiermit
ihrer Offerten entbunden.
Leipzig, am 8. Juni 1876.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Wagemann.

Bekanntmachung.

In der Schulgasse sollen dieses Jahr neben anderen Arbeiten auch Granittrottoirs gelegt und
an einen Unternehmer im Accord vergeben werden.
Diesem Unternehmer, welcher diese Arbeiten zu übernehmen gedenkt, werden hierdurch aufge-
fordert, die Kostenanschläge, Bedingungen und Zeichnungen in unserem Bauamt einzusehen und ihre
Offerten daselbst unter der Aufschrift
„Trottoirlegung in der Schulgasse“
bis zum 21. Juni d. J. Nachmittags 5 Uhr unterzeichnet und versiegelt abzugeben.
Den 22. Juni d. J. 9 Uhr Vormittags sollen die eingegangenen Offerten an Rathshofe ge-
öffnet werden und steht es den Submittenten frei, bei der Öffnung zugegen zu sein.
Leipzig, am 10. Juni 1876.
Des Rathes Straßenbau-Deputation.

Bekanntmachung.

Die Wasserleitungsarbeiten nebst Lieferung der hierzu erforderlichen Materialien für die neuen
Gebäude der II. Real- und IV. Bezirksschule an der Parthenstraße sollen in Submission vergeben
werden.

Diesemjenigen, welcher sich hiermit betheiligen wollen, werden aufgefordert, die betreffenden Anschlag-
formulare und Bedingungen, gegen Zahlung der Copialgebühren, in dem technischen Bureau der
Stadtwaasserkunst (Rathshaus 2 Treppen, Zimmer Nr. 5) in Empfang zu nehmen und ihre Preis-
offerten unterschrieben, versiegelt und mit der Aufschrift

„Realschule und Bezirksschule“

versehen bis zum

15. Juni d. J. Abends 5 Uhr

im vorgenannten Bureau abzugeben.

Leipzig, den 31. Mai 1876.

Des Rathes-Deputation.

Dr. Georgi.

Wilisch.

Aerztlicher Bezirksverein der Stadt Leipzig.

Heute Abend 8 Uhr im blauen Saale der Centralhalle.

I. A.: Dr. Heinze.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Wie die „Post“ hört, wird der Kaiser seine
Reise nach Ems nunmehr bestimmt am Dienstag,
13. Juni, von Berlin Abends 10 Uhr auf der
Potsdamer Bahn antreten, und Mittwoch 14.
Morgens 10 Uhr, in Ems eintreffen. Das Pro-
gramm der Reise bleibt dasselbe wie das bereits
veröffentlichte, welches für die auf den 7. Juni
festgesetzte Reise bestimmt war. Nach neueren Be-
stimmungen sollte die Abreise eigentlich erst am
14. Juni erfolgen, indessen ist sie jetzt auf den
13. verlegt, um die abstrusen Gerüchte in Betreff
der zwischen Deutschland und Russland angeblich
eingetretenen Mißstimmung zu widerlegen, welche
von einigen Zeitungen sehr ernst gedeutet wurde.
Das freundschaftliche Verhältnis zwischen beiden
Mächten ist nach wie vor völlig ungetrübt. Die
politische Lage giebt mithin weder nach dieser
Richtung noch überhaupt Veranlassung zu Be-
sorgnissen. Da Kaiser Alexander erst am 18. Juni
Ems verläßt, wird das Besamensein beider
Monarchen etwa vier bis fünf Tage dauern.

Aus Paris wird mitgetheilt, man beginne
einzusehen, daß die Verhände einer Forderung des
Dreibundes erfolglos bleiben würden. Diese
Ueberzeugung mag auch in England Platz
greifen, nachdem man dort mit Waffengewalt
gesucht hat, Europa daran zu erinnern, daß
England noch existirt und daß es — einst eine
Weltstellung auch gegenüber dem gesammten
Continent eingenommen habe. Wir lassen weiter
unten den Bericht über die Rede Disraeli's in
der gestrigen Unterhandlung folgen. Erst recht
viel kann, dann recht viel Friedfertigkeit, dann
Versöhnung mit Europa, dann allgemeiner
Applaus für Herrn Disraeli — das wäre nach
der Titelbild so eine ganz passende Sommerfrische.
Jedenfalls können wir in Deutschland wie allgemein
europäischem Interesse die Erklärung mit Freuden
begrüßen, die Herr Disraeli vor dem Unterhause
abgegeben hat.

Das deutsche Mittelmeergeschwader
ist am 1. d. M. von Gibraltar in See gegangen.
Das Kanonenboot „Komet“, welches am 29. Maie
Blymouth verlassen hatte, ankerte am 3. Juni
früh vor Vissaden und beabsichtigte noch an dem-
selben Tage die Reise nach Gibraltar fortzusetzen.
An Bord Alles wohl.

Die Ernennung des Staatssecretärs des Aus-
wärtigen Amtes und des Präsidenten des Reichs-
kanzleramtes zu preussischen Staatsministern und
Mitgliedern des Staatsministeriums giebt der
„Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Veranlassung
zu verschiedenen Betrachtungen (siehe vor. Nr.).
Die wenig Vortheile für das constitutionelle System
verrathen. Man kann allenfalls zugeben, daß die
gegenwärtigen Verhältnisse Preussens und Deutsch-
lands mit einer doppelten Volksvertretung sehr
verwickelt sind und sich nicht einfach, wie England
durch sein Parlament, regieren lassen; im Uebrigen
lohnt es nicht der Mühe, sich auf doctrinäre
Streitigkeiten mit einem Blatte einzulassen, von
dem Niemand weiß, wer hinter ihm steht. Be-
merkenswert ist nur, daß ein Blatt, welches
offenbar noch immer Beziehungen zur Regierung
hat, befähigt mit dem Liberalismus plänkelet und
scharfmüthet. Dadurch wird stets von Neuem die
Frage angeregt, ob die Reichsregierung noch immer
nicht zuviel sei mit der nationalliberalen Mehr-
heit, durch die sie mit mühevoller Arbeit ohne
jeden äußeren Lohn auf Unheimlichkeiten unter-
stützt wird. Denn die Nationalliberalen ernteten
für ihre unverdrossenen Bestrebungen nichts An-
deres als den Hohn und Spott der fortgeschrittenen
Parteien, daß sie gar zu süßsam und servil gegen
den Reichsfürsten seien. Sollte es wirklich im
Interesse des Fürsten Bismarck und des Deutschen
Reiches liegen, daß aus den nächsten Wahlen eine
Mehrheit hervorgehe, die noch süßsamer wäre und
auf alle Anforderungen der Regierung antwortete:
„Ja, Herr Reichsfürst!“ Eine solche Mehrheit

würde bald allen Boden im Volke verlieren und
den radikalen Elementen das Uebergewicht geben.
Der in Venedig erscheinende „Tempo“ enthält
folgende Notiz: Aus sicherer Quelle erfahren
wir, daß unsere Regierung Befehl gegeben hat,
mit größter Geschwindigkeit sämtliche Kriegs-
schiffe zu rüsten. Ferner wird uns mitgetheilt,
daß die Flotte in drei Geschwader unter dem
Befehle der drei Admirale de Viry, Martin und
Cacace getheilt wird. Der Oberbefehl bei einer
Vereinigung derselben soll dem Admiral de Viry
anvertraut werden. Sämtliche Geschwader be-
geben sich in die türkischen Gewässer. In unserm
Arsenale werden die Rüstungen mit dem größten
Eifer betrieben. Trotz des Verfassungsfestes mußten
gelenken (3) die Arbeiter von früh bis zum Abend
arbeiten. Andererseits meldet man uns, daß sich
eine Commission aus höheren Militärs nach der
adriatischen Küste begeben hat, um den geeigneten
Ort zur Einschiffung von Truppen zu bestimmen.

Das französische Abgeordnetenhaus hat in
dieser Woche einen Schlag gegen die ultramontane
Partei geführt, dessen Bedeutung eben so leicht zu
gering wie zu hoch angeschlagen werden kann.
Der große Triumph, den die Schwarzen im
Sommer 1875 der altersschwachen Nationalver-
sammlung entzogen, indem sie die sogenannte
„Freiheit des höheren Unterrichts“, die
Möglichkeit unabhängiger Jesuiten-Hochschulen mit
allen Vorrechten der Staatsuniversität durchsetzten,
dieser Triumph ist zu Nichts gemacht worden (vor-
ausgesetzt daß der Senat dem Beschlusse des Hauses
beiträgt). Hochschulen und Facultäten mögen die
Jesuiten auch ferner errichten, aber diese Anstalten
werden nicht das Recht haben, diejenigen Prüfungs-
zeugnisse und akademischen Grade zu erteilen,
welche den Reisepaß für den höheren Staatsdienst und
die Laufbahn der gelehrten Professionen vorstellen.
Damit ist dem verhängnisvollen Gesetze von 1875
der schärfste Zahn ausgebrochen. Ein Werkzeug
zur Unterwerfung der gebildeten Classen kann das
so verfallene Gesetz nicht mehr abgeben; denn
der gebildete Franzose will vor Allem Carrière
machen. Diese Wirkung des eben gestrichenen
Beschlusses ist ohne Zweifel eine sehr erhebliche, aber
sie ist doch wesentlich eine negative. Die Grenze
der Staatsmacht wird einfach wieder hergestellt,
wie sie bis zum Juli des vorigen Jahres ge-
wesen war. Ein gefährlicher Angriff ist zurück-
geschlagen, eine Eroberung nicht gemacht worden.

Im englischen Unterhause erklärte am Freitag
auf eine Anfrage Hartington's, betreffend die Vor-
lage der auf die orientalische Frage bezüg-
lichen Actenstücke, der Premier Disraeli, die
englische Regierung wolle zwar keine unnötige
Zurückhaltung beobachten und sei der Mittheilung
der betreffenden Actenstücke nicht entgegen, es seien
indessen Interessen vorhanden, die höher ständen,
als die erklärlichen Wünsche des Hauses und die
Ansichten des Ministeriums und da es sich bei
diesen Interessen um die Aufrechterhaltung des
Friedens handle, so werde das hohe Haus
nicht auf Mittheilung der Documente bestehen.
Indessen sei er bereit, jede mögliche Aufklärung
zu geben. Vor Kurzem habe er die Hoffnung
ausgesprochen, daß auf der Berliner Konferenz
vereinbarte Memorandum werde der türkischen
Regierung nicht mitgetheilt werden; heute glaube
er vollkommen in der Lage zu sein, zu er-
klären, daß das Memorandum zurückgezogen sei,
da es nach seiner Meinung auf unbestimmte Zeit
(sine die) vertagt worden sei. Ohne Zweifel
erklärten die jüngsten eingetragenen Ereignisse in
Constantinopel im Großen und Ganzen die Zurück-
nahme des Memorandum, da die Pforte Schritte
gethan habe, welche mehr als einen der wichtigsten
in dem Memorandum verlangten Punkte anti-
cipirt hätten. Die Pforte selber habe aus freien
Stücken einen Waffenstillstand angeboten und
Dies allein werde ein hinreichender Grund sein
für den Aufschub, den man hinsichtlich der Ueber-
reichung der Note habe eintreten lassen. Die

Weigerung Englands, dieses diplomatische Acten-
stück zu sanctioniren, sei von keiner der Groß-
mächte in unfreundschaftlichem Sinne aufgefaßt
worden. Im Gegentheil hätten die Mächte ihr
großes Bedauern darüber ausgesprochen und den
Wunsch zu erkennen gegeben, daß die eng-
lische Regierung ihre Entscheidung nochmals in
Erwägung ziehen möchte. Es gebe mehr als einen
Punct, in Betreff dessen England in Gemeinschaft
mit den übrigen Großmächten handle und, wie er
hoffe, mit Erfolg. Die englische Regierung habe
mit den übrigen Mächten concurrirt, oder man
könne vielmehr sagen, die übrigen Mächte hätten
mit England concurrirt. Auf alle Fälle bestehe
zwischen allen Großmächten ein vollkommenes
Einvernehmen darüber, daß man keine unange-
messene Pression auf den neuen Sultan ausüben
dürfe, sondern daß man seinen Rathgebern Zeit
geben müsse, ihre Maßregeln und die Politik, die
sie sich als Ziel gesetzt hätten, zur Reife zu
bringen. Außerdem habe England die Verhältnisse
Oesterreichs, Frankreichs, Russlands bei der serbi-
schen Regierung unterstüzt, um dieselbe auf die
Wichtigkeit eines gemäßigten Verhaltens aufmerk-
sam zu machen, er hoffe, daß diese Rathschläge
zur Wägung nicht ohne Erfolg bleiben würden.
Ein dritter Punct, über welchen die Großmächte in
gleichartiger Weise gehandelt hätten, sei die Frage
einer sofortigen Anerkennung des Sultans ohne die
Verzögerungen, welche durch die Beobachtung der her-
kömmlichen Etiquettenfragen herbeigeführt würden.
Die Beglaubigungsschreiben des englischen Botschafters
in Constantinopel, Elliot, würden heute demselben
überhandt werden. Die Anerkennung des Sul-
tans sei nicht auf die großen Mächte beschränkt
geblieben. Alle der Pforte unterthänigen religiösen
Secten und Volksstämme hätten sich für ihn er-
klärt. Die Glückwünsche, welche die Spitzen aller
christlichen Gemeinden an den Sultan gerichtet
hätten, könnten nur den Einfluß Deutscher vermehren,
welche bei den Insurgenten im Sinne der Her-
stellung des Friedens im Reich wirkten. Disraeli
erklärte sodann, daß der von Wiener Journalen
mit seiner Unterstüzt publicirte Brief, in welchem
die europäische Lage und die Politik Englands
erörtert wird und in welchem der befreundeten
Großmächte in unehrlicher Weise Erwähnung
gethan wird, gefälscht sei. Der Minister bemerkte
am Schluß seiner Rede, daß die Mittheilung der
auf die orientalische Frage bezüglichen Correspondenz
verzögert würde durch den Wunsch, das gute
Einvernehmen der Mächte aufrecht zu erhalten,
mit denen England erfolgreich zusammenwirke.

In einem Leitartikel über die Orientfrage
verbreitet sich der „Standard“ über den
leitenden Einfluß Deutschlands in
der gegenwärtigen Krisis. Die russische Regierung
— bemerkt das Blatt nach einem Rückblick auf
die gegenwärtige Situation im Orient — muß
einfachen, daß sie jetzt, ausgenommen zu einem Risiko
das sie kaum zu laufen wagen wird, keine Chance
hat die Projecte auszuführen, welche die Welt, ob
mit Recht oder nicht, aber sicherlich mit gutem
Grunde, ihr zuschreibt. Wozu Oesterreich auch
immer bereit gewesen sein mag in jenem ver-
zweifelten Bemühen Zeit zu gewinnen, was bis
vor ganz Kurzem Graf Andrassys ganze Politik
war, so ist es nun faßlich genug, bessere und ehr-
lichere Wege einzuschlagen. Daß auf der öster-
reichischen Regierung die Hauptverantwortlichkeit
für die Krisis im Orient lastet, kann nicht geleugnet
werden, aber die österr. Regierung ist nicht vor-
bereitet, in ihrer unheilvollen und in der That
selbstmörderischen Politik irgendwie weiter zu geben.
Wenn es sich indeß um eine bloße Frage zwischen
der russischen und der österreichischen Regierung
handelte, wenn Russland bereit wäre Alles zu
riskiren, dann würde Oesterreich wahrscheinlich
dagegen nichts einwenden. Aber die wirklich ent-
scheidende Stimme in den Beratungen der drei
Höfe ist nicht die Russlands oder Oesterreichs,
sondern Deutschlands. Die deutsche Regierung

legt der Aufrechterhaltung guter Beziehungen mit
Russland wie mit Oesterreich große Wichtigkeit bei
und sie empfindet kein besonderes Interesse an der
Aufrechterhaltung der türkischen Macht in ihrem
jetzigen Umfang. Sie ist demnach bereit genug,
Vorschläge zuzustimmen, welche eine Zerstückelung
der Türkei in einigen Jahren thatsächlich fördern
würden, falls sie es nicht vorziehen sollte einzu-
schreiten und dieses Ereigniß durch ihr Veto
zu verhindern. Aber die deutsche Regierung
wünscht die Erhaltung des Friedens, und
obwohl sie nicht Willens ist, Russland zu sagen:
„laß die Türkei in Ruhe“, will sie Russland nicht
Vorschub leisten, Europa einen Krieg aufzubringen,
wenn diese Politik sich den Rathgebern des Czaren
wirklich empfehlen sollte. Es ist ein Glück, daß
der Kaiser Alexander und seine ersten Räte jetzt
in Deutschland weilen. Sie sind dort in einer
besseren Lage als in Petersburg, die Schwierig-
keiten und Gefahren der Politik, die sie adoptirt
haben, zu würdigen. Sie werden, wie wir hoffen,
nicht erzwungen, von dem deutschen Kaiser und
dem großen Staatsmann, der die Politik Deutsch-
lands leitet, sehr ernste Rathschläge zu empfangen,
unterstützt im Nothfalle durch nachdrückliche Argu-
mente zu Gunsten einer friedlichen Politik, und
wir wollen demnach nicht bezweifeln, daß bald
eine deutliche und nicht mißzuverstehende Anfin-
digung erfolgen werde, Russland habe den türki-
schen Rebellen alle Unterstützung entzogen und
die bestmöglichen Mittel ergriffen, um die Unruhen
zu unterdrücken, die hauptsächlich durch die Ver-
sicherungen seiner Sympathie und Unterstützung
verursacht worden sind.

Die Aufforderung des türkischen Großvezirs an
den Fürsten von Serbien zur Aufklärung über
die serbischen Rüstungen lautet in ihren
wesentlichen Theilen: „Die Versicherungen, welche
von Ew. Hoheit gegeben waren, hatten die Be-
fürchtungen beseitigt, welche bei der hohen Pforte
durch die bedeutenden Rüstungen Serbiens hervor-
gerufen waren. Indes werden diese Rüstungen
noch immer in großem Maßstabe fortgesetzt, und
die serbische Armee ist bereit, in das Feld zu
rücken. Die türkische Regierung kann gegenüber
einem Stande der Dinge, welcher der Ruhe in
ihren Provinzen um so weniger förderlich ist, als
die Streifzüge der Serben die Aufregung ver-
mehren, nicht in Gleichgültigkeit verharren.
Se. Majestät der Sultan hat in Erwägung der
Lage und ausgehend von der Absicht, unter-
minirt die guten Beziehungen zu der türkischen
Regierung aufrecht zu erhalten, mich beauftragt,
mich officiell an Ew. Hoheit zu wenden, um Sie
um offene, genaue und directe Aufklärungen über
den Grund und das bestimmte Ziel der erwähnten
Rüstungen zu ersuchen.“

Von der „Politischen Correspondenz“ wird in
einem telegraphischen Berichte aus Belgrad vom
Sonntag gemeldet, die Vertreter sämtlicher
Mächte hätten in den letzten Tagen ihre Be-
mühungen vereinigt, um dem Fürsten Milan und
seiner Regierung die volle Verantwortlichkeit für
eine eventuelle Störung des Friedens klar zu
machen. Eine besondere nachdrückliche Sprache
habe der Vertreter Russlands, Staatsrath
Kartoff, geführt und es sei nicht daran zu zweifeln,
daß die serbische Antwort auf die gemäßig-
te gehalten, am 6. d. M. in Belgrad eingetroffene
Anfrage der Türkei bezüglich der von Serbien
vorgenommenen Rüstungen beruhigend aus-
fallen werde.

Aus Stadt und Land.

* Leipzig, 11. Juni. Nachdem die sächsische
Regierung im Landtag den wegen Reorgani-
sation der Oberrechnungskammer vorge-
legten Gesetzentwurf in Rücksicht auf die abge-
legte Haltung der Ersten Kammer wieder zu-
rückgezogen hatte, brachte sie eine andere Vorlage
ein, mittelst deren die Bewilligung der Summe